

für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auschl. Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Saale-Beitung.

Günzundvierzigster Jahrgang.

werden die Gehaltene Kolonialsteuern
über deren Raum mit 30 Wp. solche
aus Halle mit 20 Wp. berechnet. Sie müssen
in untern Annahmestellen und allen
Kammern-Erpeditionen angenommen.
Halle am 25. Febr. 1911. Nr. 11.
auswärtig 1 Mt.

Erscheint täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Braunschweig 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 11.

Halle a. S., Donnerstag, den 23. Februar.

1911.

Der Eisenbahnetat im Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung, Mittwoch, den 22. Febr. 1911.

Die Besprechung wird fortgesetzt beim Kapitel „Besol-
dungen“.

Hierzu gehört der Antrag der Kommission und der Antrag
Friedberg (nl.) wegen Gleichstellung der preussischen Eisenbahn-
offizieren mit denen des Reichs.

Abg. Dr. Schröder-Cassel (nl.) wünscht Befestigung der
Eisenbahnoffizienten, Betriebsleitende und Weichenleiter. In der
Subkommission hat der Eisenbahnminister das Erscheinen von
Abgeordneten in Arbeiterversammlungen be-
zogen, da hierdurch Optimismus hervorgerufen würde. Ueberall
sehen sich doch Abgeordnete mit den Interessenten in Verbindung,
ja auch im Jirtus Busch und jetzt im Sportplatz. Gerade wir
bürgerliche Abgeordnete müssen erst recht in Arbeiterversammlungen
gehen. Je geringer der Mann, desto mehr muß man sich
seiner annehmen! (Sehr richtig! bei der St.) Die Subalternen
sollten den Titel „Mittelbeamte“ erhalten; bei den
Weichenleitern ist die Gehaltsverhöhung im Vorjahre durch den
Wegfall von Teuerungspersonalkategorien usw. illusorisch gemacht
worden. Die Eisenbahnbediensteten stehen in Bezug auf Er-
haltungsurlaub und Sonntagsruhe bedeutend ungünstiger da, als die
Postbeamten. Wenn ich die Sätze der Eisenbahnbediensteten mit
den ortsüblichen Tagelöhnen vergleiche, so komme ich gar nicht in
Gegenlag zu den Sätzen in der Landwirtschaft und Industrie,
die den ortsüblichen Sätzen bleiben ja zumeist hinter den tat-
sächlichen zurück und sind überhaupt nur als Grundlage für die
Arbeiterversicherung aufgestellt. Klagen kommen auch über ganz
verschiedene Aufstellungen von Arbeitern, die unter den gleichen
örtlichen Bedingungen stehen. Alle geplanten Forderungen sollten
iets im Arbeiterausfluß besprochen werden, um Klarheit zu
schaffen und Missverständnisse zu beseitigen. Arbeiter, die mindes-
tens 10 Jahre beschäftigt sind, sollten nur von den Direktionen
entlassen werden können.

Unterstaatssekretär im Finanzministerium Michalis: Die
Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß an der
Besoldungsordnung auf Jahre hinaus nichts
geändert werden kann. Der Antrag Friedberg ist darum
nur aus dem Grunde für uns diskutabel, weil auch er daran
schlößt, daß an der Besoldungsordnung Veränderungen werden soll.
Im übrigen sind wir bis zu einem gewissen Grade damit ein-
verstanden und bin bereit, in den nächsten Etat eine Summe ein-
zusetzen, um diese Sätze, für die Maschinen, soweit möglich, abzu-
hebeln. Wenn wir feste Grundätze aufstellen würden, so könnte
sich leicht indirekt die Besoldungsordnung abgeändert werden,
was vermieden werden muß. Wir werden mit dem Minister
der öffentlichen Arbeiten bis zum nächsten Jahre derartige Grund-
sätze vereinbaren und sehen, was wir für die Befestigung der Lage
dieser Klasse von Eisenbahnbedienten tun können.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Sie können versichert sein,
daß der Chef der Eisenbahnverwaltung allen Wünschen der Be-
amten ein lebhaftes Interesse entgegenbringt und sie mit Wohl-
wollen prüfen wird. Wie umfassend die Besoldungsordnung für
jede Beamtengruppe gewirkt hat, ergibt sich aus folgender Zu-
sammenfassung. Es sind dabei abgezogen von der Aufbesserung
diejenigen Beträge, welche abgezogen werden mußten, weil die
Eisenbahnangehörige eine erhebliche Einschränkung erfahren hat. Daraus
ergibt sich, daß die Gruppe der Bahnmänner eine Aufbesserung
von 340 Mark, der Rangierführer von 292 M., der Stations-
schaffner 280 M., Weichensteller 287 M., Kottenführer 264 M.,
Weichenmeister erster Klasse 244 M., Unterassistenten 377 M.,
Rangiermeister 314 M., Wagenmeister 332 M., Eisenbahnassistenten
476 M. erfahren hat. Ich muß natürlich das Erscheinen
von Abgeordneten in Arbeiterversammlungen als durchaus er-
laubt anerkennen. Aber die Tatsache steht doch fest, daß uns da-
durch oft die Situation nicht erleichtert wird, weil infolge dessen
die Wünsche der Verammlung mitunter weitergehen, als die
Abgeordneten selbst wünschen. Für besonders bedenklich würde
ich es ansehen, wenn wir den ortsüblichen Tagelohn als Grad-
messer für die Bezahlung unserer Arbeiter anerkennen wollten.
Nach selbständiger Entscheidung würde uns da genommen sein.
Auch würden wir dann unter Umständen genötigt sein, mitunter
die Lohnsätze herunterzusetzen. Ungleichmäßigkeiten in den Sätzen
werden wir mit Bestimmtheit beseitigen. Um die Mithände
im Arbeiterausfluß zu befähigen, wollen wir eine Kommission
aus der unteren Beamtenschaft und der Arbeiterchaft zur Beratung
einsetzen. (Grano) Arbeiterausfluß sollen auch über Lohn-
fragen gehört werden. Arbeiterentlassungen finden nur aus triftigen
Gründen statt. Von einer Willkür kann gar keine
Rede sein.

Abg. Bieder (H.): Wir können anerkennen, daß der ganze
Eisenbahnbetrieb erdunsmäßig funktioniert, daß auch unser ge-
samtes Personal den höchsten dienliche Freundschaft erwirkt,
auf die es Anspruch hat. Ein guter Geist herrscht in der Beamtenschaft
und in der Arbeiterchaft. Wir können der Gesamtheit der Be-
amten und Arbeiter unsere volle Anerkennung ausprechen. Die Arbeiter können vor allen nicht
legen seit der Zeit des Ministers Budge, der jedem Arbeiter
freundlich entgegentrat. Die Koalitionsfreiheit kann für die
Eisenbahn nicht in Frage kommen. Dieser Beschränkung
der Staatsbürgerrechte steht die besondere Verpflichtung der Eisen-
bahnverwaltung gegenüber, für Beamte und Arbeiter ganz beson-
ders zu sorgen. Wenn Abgeordnete die Versammlungen der
Eisenbahnarbeiter besuchen, so tun sie es, um den Minister zu
unterstützen und um die lokal geäußerten Wünsche hier im Hause

zu vertreten. Natürlich dürfen die Abgeordneten den Eisenbahn-
arbeitern keine unerfüllbaren Versprechungen machen. Den Eisen-
bahnarbeitern sollte man wohl am Selbstlohnpreise liefern.

Abg. Debus (Wp.): Wir vernehmen nicht, daß die Eisenbahn-
verwaltung viele mütterliche Einrückungen ge-
schaffen hat. Aber an vielen Punkten muß noch die Kritik ein-
lehen. Die Besoldungsordnung hat für viele Beamtencategorien
ausreichende Bezüge gebracht. Nun sollte man erst recht dafür
sorgen, daß den unteren Beamten das Aufstiegs in die mittle-
ren und den mittleren Beamten das Aufstiegs in die höheren
Stellen ermöglicht wird. Der Redner bringt zahlreiche Beamtens-
mängel vor. Eine Aufbesserung der Hilfsbeamten sei notwendig.
An die Stelle der vielen Hilfsbeamten sollten nach und nach etats-
mäßige Beamten treten. Auch von den Arbeitern sind uns un-
zulässige Klagen gekommen. Besonders muß für bessere Wohnungs-
verhältnisse gesorgt werden. Die Löhne sollten auch denen in der
Industrie möglichst nahe gebracht werden. Die Arbeitsdauer ist
vielleicht noch zu lang. Die Erklärung des Ministers, daß auch die
Lohnfrage in den Arbeiterausfluß behandelt werden könne,
ist zu begrüßen. Sichtlich wird sie auch von allen Anzügen be-
achtet. Freilich sollen auch die Wünsche der Beamten und
Arbeiter sich in den gegebenen Grenzen halten. Vor allen
Dingen muß eine mögliche Verminderung des Beamtenscheeres
stattfinden. Bedauerlich ist, daß die einzelnen Eisenbahnarbeiter-
verbände sich jetzt gegenseitig bekämpfen. Damit können sie ihrer
Sache nicht. Kein Eisenbahnarbeiter fordert das Streikrecht,
Aber sie verlangen dafür, und mit Recht, daß ihren berechtigten
Wünschen Rechnung getragen wird. Wir werden als Abgeordnete
auch weiter in Verammlungen der Arbeiter gehen. Wenn wir
berechtigten Wünsche entgegenkommen, lernen wir nur von den Beamten
und damit dem Staat. (Beifall links.)

Abg. v. Hennigs-Regim (kon.): In der Besoldungsordnung
müssen wir festhalten, sonst kommen wir ins Uferlose. Nach den
Erklärungen des Reichstags des Finanzministeriums soll aber be-
züglich der Bahnassistenten ein Ausgleich geschaffen werden, soweit
es geht. Das sollten auch die Eisenbahnassistenten anerkennen.
Wenn der Minister vor dem Besuch von Verammlungen gewarnt hat,
so hat er sichtlich diese Art der Behandlung von Beamtens-
wünschen im Auge gehabt. (Sehr wahr!) Man darf als Abge-
ordneter nicht wagt und planlos alle Klagen annehmen, sondern
im allgemeinen Staatsinteresse das Ziel haben, daß Zu-
friedenheit in der Beamtenschaft herrscht. Mit einer
derartigen Behandlung von Beamtenswünschen trägt man Unzu-
friedenheit in die Beamtenschaft, die allerdings bei der Wohl-
nützigkeit sein kann. (Sehr wahr! rechts.) Wenn wir allen Wünschen
ohne Prüfung nachgeben wollten, würde es gar bald mit der Ren-
tabilität der Eisenbahnen schief bestellt sein. (Sehr richtig!
rechts.) Wir haben das Vertrauen zum Minister, daß er die
Wünsche seiner Beamten mit Wohlwollen behandelt. Bei solcher
Gesinnung muß auch angedacht werden, es gibt im preus-
sischen Staat auch noch andere Leute als Beamte, und die
Steuerzahler haben auch ein Recht auf Rücksichtnahme. (Be-
ifallige Zustimmung rechts.) Hier muß die richtige Mitte gefunden
werden. (Beifall links rechts.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach dankt dem Abg. Bieder für
seine Anerkennung der Tätigkeit der Verwaltung. Röhle wird den
Arbeitern schon mit Ermäßigung geliefert. Es ist nur zu wünschen,
daß die Abgeordneten vorfristig sind, wenn ihnen zahlreiche Be-
schwerden aus Beamtentkreisen zugehen, wie unbedeutend oft Be-
schwerden sind, zeigt zum Beispiel, daß die Maschinen genau so
gestellt sein sollen, wie die Lokomotivführer, während doch all-
gemein anerkannt wird, daß die Tätigkeit der Lokomotivführer
besonders anstrengend ist und daß ihnen infolgedessen mancher
Vorteil zu gewähren ist. Der neue Erlaß über den Urlaub bringt
der Beamtenschaft nur Vorteile. Es ist einer vorgelegten Stelle
verdacht worden, daß sie Kenntnis von den Beratungen der An-
gestellten haben wollte. Das ist durchaus in der Ordnung. Das
gegenseitige Vertrauensverhältnis ist auch so, daß,
wenn unsere Angehörigen zusammenkommen, um wirtschaftliche
Frage zu beraten, der zuständigen Stelle Gelegenheit gegeben
werden muß, von beiden Beratungen Kenntnis zu bekommen.
(Sehr richtig!) Die Mehrzahl unserer Angehörigen wünscht auch,
daß die Behörden Kenntnis von ihren Wünschen haben. (Zustim-
mung.) Die Pensionskasse ist noch nicht auf der Höhe.
Infolgedessen müssen jetzt noch Gelder angeammelt
werden, damit sie auf den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit ge-
bracht und auch so erhalten werden kann.

Abg. Veinert (Soz.): Der Abg. v. Hennigs legte, daß man
auch auf die Steuerzahler Rücksicht nehmen müsse. Das war
etwas ganz Neues von der rechten Seite; sonst kennt man rechts
keine Rücksicht auf die Steuerzahler. Ob der Minister uns Ab-
geordneten erlauben will, daß wir in Verammlungen von Ar-
beitern gehen, oder nicht, ist uns ganz gleichgültig. Die Lage der
Eisenbahnarbeiter ist schlecht, die Aussicht, Interbeamte zu werden,
liegt gering. Es ist ein Vortierpreis. Die Hilfsbedienten tun
dieser Dienst wie Beamte; sie müssen es daher auch werden.
Die Lage der Hilfsbedienten wird immer schlechter. Das Schick-
sal der unteren Beamtenschaft ist so weit hinausgeschoben, daß es gar
nicht erreicht werden kann. Die Pension ist auch so, daß damit
nicht das Leben zu fristen ist. Die Lohnerhöhung der Arbeiter
beträgt nach meiner Berechnung nur 10 Wp. pro Tag im Durch-
schnitt, oder 33 Mark pro Jahr; die Gehaltsverhöhung bei den
unteren Beamten beträgt dagegen pro Jahr 200 und 300 Mark.
Der König von Preußen hat nun um 3/4 Millionen Mark erhöht!
Mit dem Erhaltungsausfluß der Arbeiter ist es schlecht bestellt,
ebenso mit den hygienischen Zuständen in den Verhältnissen.
Der Minister lehnt die Lohnerhöhung ab mit Rücksicht auf die Lan-
dwirtschaft und die Industrie. Er macht sich somit zum Schaden

der Arbeiter zum Schuppatron von Industrie und Landwirtschaft.
Die Gewerbetreibenden müßten auch die Eisenbahnverhältnisse lan-
twirtschaften dürfen. Es besteht in den Betrieben eine Güntlings-
wirtschaft. Die Arbeiter werden gezwungen, dem Reichsverband
gegen die Sozialdemokratie beizutreten, den ich nur „Reichs-
wohlfahrtsverband“ nennen darf (Seitertzeit). Sie müssen keine
Bücher kaufen, deren Ertrag für Krüger-Denkmal verwendet
wird. (Hört! Hört! bei den Soz.) In Etendal wollte man den
Arbeitern für ein Fest zum 40jähr. Bestand der Verhältnisse 15 Wp.
wöchentlich, bis zum August 1912, zum Lohne erzielen. (Rufe
rechts: Wenn das für Ihre Kaffe wäre!) Man zwingt
die Eisenbahner, ja selbst ihre Frauen, aus den Konsumvereinen
auszutreten; widrigenfalls sie entlassen werden. (Sehr richtig!
rechts.) Das ist ein ganz unbedeutender Terrorismus. Nur
solche Vereine werden gebildet, die ihre Verammlungen mit einem
Bock auf den König und den Minister eröffnen und schließen.
Aber die so wenig vornehm, ja gleichgültige Bestämpfung unerer
Ernährung scheidet ihr nicht. Die Eisenbahnverwaltung verlan-
gt nach Erhebungen, die mit ihr Geschäfte machen, daß sie keine
freiorganisierten Arbeiter beschäftigen. (Hört! Hört! bei den
Soz.) Schließen Sie doch auch Sozialdemokraten von der Be-
förderung auf der Eisenbahn aus! (Lachen rechts.)

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Diese Freiheit, wie sie der
Abg. Veinert meint, die wollen wir allerdings nicht! (Beifall.)
Wenn das Los der Staatsbahner so wäre, wie es hier geäußert
wurde, wie wäre es möglich, daß wir in der Zeit des größten
Arbeitermangels ein so großes Angebot hiers gehabt haben, z. B.
am 1. Mai v. J. 30 000 Mann? (Hört! Hört!) Daß die Beamten
sozialdemokratische Verammlungen nicht betreiben dürfen, das
ist eine sehr unangenehme Sache. (Hört! Hört! bei den Soz.);
Rechtsbeugung!) Zahlreiche Interbeamtenstellen haben auch
den Arbeitern offen. Wo kommt es vor, daß Angestellte gleich in
feste Stellung einrücken? Einem ungeheuren Prozentatz haben
wir diese Erlaubnis verschafft. (Hört! Hört!) Die Berridigung
erfolgt nach verhältnismäßig kurzen Zeiten.

Während wir die Beamten nur in längeren Zeiträumen auf-
bessern, geschieht das bei den Arbeitern häufig. Die Betriebs-
arbeiter sind in den letzten 7 Jahren um 205 Mark aufgebessert.
(Hört! Hört! rechts.) Die Sozialdemokratie machen ihre Aus-
führungen nur, um nach außen zu wirken und die Staatsbahn-
verwaltung zu diskreditieren. (Beifall sehr richtig!) Die
Beamten sind in den letzten Jahren um 22 Prozent, die Arbeiter
um 29 Proz. aufgebessert. (Abg. Hoffmann (Soz.): Wie schlecht
wäre es ihnen gegangen sein! Seitertzeit.) Unsere Eisenbahn-
verhältnisse sind bekannt als Mutterverhältnisse, und wir wollen
sie noch weiter verbessern. (Beifall.) Die Sozialdemokraten ge-
nügen die Konsumvereine zur Förderung sozialdemokratischer Ge-
sinnung, was das erst wieder der Magdeburger Parteilag gezeigt
hat. Wir bekämpfen alle Vereine, die sozialdemokratische Ten-
denzen verfolgen, allen anderen Vereinen lassen wir freien Spiel-
raum. Wenn uns erzählt wird, von einer ungeheuren Unruhe
unter den Eisenbahnarbeitern, so ist das ein Märchen, das unsere
Arbeiter selbst nicht glauben. (Beifall sehr richtig!) Wenn der
Abg. Veinert auch dem Streik auch noch die pallide Resten ein-
spricht, so erkläre ich, daß wir auch diese Möglichkeit zu bekämpfen
wissen werden und daß es uns dazu nicht an Mitteln fehlt. (Be-
ifalliger Beifall.)

Abg. Dr. König (Str.): Wenn man bedenkt, wach furch-
barer Terrorismus gegen alle nichtsozialdemokratischen Arbeiter
geübt wird, dann wird man seine Sehnsucht nach der sozialdemo-
kratischen Freiheit haben. Bezüglich der Beamtentragen schlie-
ße ich mich dem Abg. Schröder-Cassel an und nicht Herrn Debus.
Ueberall wird anerkannt, daß der jetzige Minister alles tut, um
Sozialpolitik zu treiben. Der Redner bringt ebenfalls zahlreiche
Wünsche und Petitionen von Eisenbahnangehörigen zur Sprache
und empfiehlt sie dem Minister zu wohlwollender Behandlung.
Es dürfte, wenn er das bisherige Wohlwollen auch fernerhin zeige,
des Dankes aller bürgerlichen Parteien gewiß sein. (Beifall.)

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Donner-
stag 10 Uhr.

Schluss 5 Uhr.

Herrenhaus.

4. Sitzung, Mittwoch, 22. Februar 1911.

Am Ministertisch: v. Dallwitz.
Präsident Frhr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung 2 Uhr
20 Minuten.

Es findet zunächst die Vereidigung der neu einge-
tretenen Mitglieder v. Vindequitt und Plate statt.
Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Abände-
rung der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz. Die Kom-
missionkommission hat dem Gesetzentwurf mit der Forderung zuge-
stimmt, daß die meistbegüterten Grundeigentümer und auch die
juristischen Personen, Vertreter für die Gemeindeverpflichtungen
bestellen können, die die für Weistheorie vorgeschriebenen persön-
lichen Eigenschaften haben und zur Staats Einkommensteuer heran-
lagt sind.

Minister des Innern v. Dallwitz: Der Gesetzentwurf will ein-
mal den Bedürfnissen der Neuzeit Rechnung tragen und auf der
anderen Seite das Fortwähren, was erhaltenemert ist. (Beifall.)
Frhr. v. d. Vegen zu Bloemersheim beantragt, auf weiblichen
Personen und solchen unter 24 Jahren das Recht zur Vertretung
ihrer Rechte in den Gemeindeverpflichtungen zu geben.

Minister des Innern v. Dallwitz: Wir haben gegen die Kom-
missionsbeschlüsse nichts einzuwenden. Dagegen schärfte der Antrag
des Vorschreiners eine zu weitgehende Ausdehnung der Zulassung zu
den Gemeindeverpflichtungen.
Der Antrag v. d. Vegen wird angenommen.
Oberbürgermeister Hund-Eberfeld wendet sich gegen einen
Antrag v. Vichtenberg, in dem Gesetzentwurf vorgeschlagen Defens-
fähigkeit zu streichen und die bisherige Rückfälligkeit der Ge-
meinderatsverhandlungen wiederherzustellen.
Minister v. Dallwitz prüft gleichfalls gegen den Antrag

o. Mettenberg. Politische Gefahren sind von der Öffentlichkeit nicht zu befürchten.

Frhr. v. Landsberg: Wenn die Gemeinderatsverhandlungen öffentlich sind, werden die Gemeinderäte zu große Rücksicht auf die Wünsche der Öffentlichkeit nehmen.

o. Biele: Von Gesetz der Selbstverwaltung sollten die parteipolitischen Gegenstände ausgeschlossen bleiben. Daber wird gegen die Öffentlichkeit, weil dabei die Politik ganz ausgeschlossen werden kann. Durch die Zunahme der Kommissionsberichterstattung haben die Kommissionsverhandlungen in den Parlamenten nicht gerade gewonnen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Gombert-Breslau: Man treibt Vogelstrauß-Politik, wenn man glaubt, die parteipolitischen Gegenstände mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit beseitigen zu können. Man verschleierte sie nur. Wir haben mit der unbefruchteten Öffentlichkeit die besten Erfahrungen gemacht.

Der Antrag v. Mettenberg wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Herr v. Salm-Hoefnung beantragt, aufsehalb des Rahmens des Gesetzes allen Anrainen, die ein Wohnhaus besitzen, das Recht zu geben, ihr Gemeinwohlrecht durch Vertreter ausüben zu lassen.

v. Nebel-Biesdorf: Der Antrag geht zu weit und müßte von der Kommission erit geprüft werden.

Minister v. Dallwitz: Auch ich glaube, daß wir einen lo weitgehenden Antrag nicht er tempore beschließen können.

Graf v. Hombröck: Die Materie ist gar nicht neu. In den anderen Landgemeinverordnungen ist der Antrag Salm bereits revidiert. Die Trauungsfür für die Rheinprovinz wäre mit ihm erledigt und weitergehenden Wünschen ein Riegel vorgeschoben.

Der Antrag Salm wird abgelehnt.

Der Gesetzentwurf betreffend Wänderung der Amtsgerichtsbezirke Preussisch-Stargard, Berndt und Schmönd wird unverändert angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen und Petitionen.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

182. Sitzung. Mittwoch, den 22. Februar.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Visco, Hoffmann, v. Tischendorf.

Präsident Graf Schönerling-Köwig eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.

Der Justizetat.

(Zweiter Tag.)

Herr Dr. Wagner (sonst.): Wir hatten nicht die Absicht, zu diesem Etat zu sprechen. Der Verlauf der Aussprache aber zwingt uns dazu. Denn wir hatten gegen 2 1/2 Stunden lang die Ehre, Herrn v. Hoff zu hören. Seine Ausführungen fanden nur in sehr losem Zusammenhang mit dem Thema. Er hat die preussische Bevölkerung vor das Forum des Reichstages gezogen. Was der Staatsfretär dazu zu tun hat, versteht ich nicht. Der Reichstag wußte ja schon lo effektiv über keine Neude, da sollte er auch nicht in die Kompetenzen anderer Veramente eingreifen. Warum hat eigentlich Herr Hoff noch einmal gesprochen, nachdem die Sache im preussischen Abgeordnetenhause lo ausgiebig erörtert worden ist. War er mit seinen Freunden nicht zufrieden? Und sollte seine gestrige Rede ein Mißverständnis sein? Was war die erneute Anrufung des Falles nicht unangenehm, sondern langweilig. Herr Hoff hat mit Gewalt einen Zusammenhang hergestellt. Nach dieser Methode kann man alles machen. Dann kann ich hier auch über die Abschaffung der Erde sprechen. Denn wäre sie anders, dann hätten wir ein anderes Klima, unter dem wäre unbedenklich, wir hätten keine Landräde; und der Bedeersproh wäre unmöglich gewesen. (Heiterkeit.) Der preussische Justizminister hat sich nicht in ein schwebendes Verfahren eingelassen. Ueber den Begriff der Notwehr haben wir denn doch eine ganz andere Auffassung als die Herren von der Bank. Daß man einen Schußmann, der doch auch ein Sohn des Volkes und Familienvater ist, einfach niedererschießen darf, wenn er in Ausübung seines Amtes eine Handlung vornimmt, kann uns nicht einfallen.

Herr Dr. Jund (nl.): Wir halten daran fest, daß beim Etat der Justizverwaltung Beschlüsse über unsere Rechtsprechung vorgeschrieben werden dürfen. Dieses Recht werden wir uns nicht nehmen lassen. (Beifall. Beifall links.) Es ist bedauerlich, daß eine Reihe kleinerer Bundesstaaten mit der Einführung des Grundgesetzes noch nicht fertig sind. Der Gehalts einer Mobiliarhypothek erscheint mit sehr empfindlichen Dieber-Schaffung einer internationalen Inkans zur Entschärfung von Streitigkeiten zwischen zwei Staaten wäre dringend erforderlich. Das hat die selbstverpflichtete wieder gesagt. Die Anwaltschaften sind ungenügend; sie müßten reformiert werden. Es erscheint zweifelhaft, ob die Art, wie die Hilstrafte bei dem Reichsgericht verwendet werden, richtig ist. Besser wäre die Bildung von Stifsenaten gewesen. Um die Bildung neuer Senate beim Reichsgericht wird man nicht herumkommen trotz aller Entlassungswünsche. Sonst wäre zu befürchten, daß das unbedingte Vertrauen zum Reichsgericht im Volke schwinden könnte. Bielewicht würde es sich doch empfehlen, auch das neue Reichslandolgericht nach Leipzig zu verlegen. Die Mitglieder der Kommission für den Warentwurf des Strafgesetzbuches sollten nach jedem anderen Dienst befreit werden, denn die Kommission braucht ganz Männer. Die Strafrechtskommission darf nicht unter einer Bevorzugung der Zivilrechtsleute leiden. Jeder Richter sollte amechen in einer dieser beiden Gruppen beschäftigt werden. Die Reife ist es angedeutet. Ue die in Wobitz sind ein glänzender Beweis für die Unabhängigkeit der deutschen Richter. (Beifall.) Was zum Beispiel die Dieber-Kammer geleistet hat, ist höchst anerkennenswert. Mit großer Unabhängigkeit und Geschicklichkeit hat der Borhende das Schiff in den Hafen gekehrt. Er sollte es für unsere Pflicht, daß das im Deutschen Reichstage hervorgehoben wird. (Beifall links.) Um lo beauerlich ist die Erfahrung, die das deutsche Volk im Proh v. Beder gemacht hat. Dieses Urteil zeigt eine tiefe Kluft zwischen dem Volksempfinden und der Ansdauung des Richters. (Sehr richtig! links.) Auf die Zustände der preussischen Verwaltung will ich nicht eingehen. Für den Angehörigen eines außerpreussischen Bundesstaates ist es ja schwer, sich in solche Verhältnisse hineinzudenken. (Heiterkeit links.) Man staunt und bewundert die Zustände überdecker Länder. (Sehr richtig! links.) Das Strafmaß wird von dem deutschen Volke nicht verstanden, besonders nicht in einer Zeit, wo fürstliche Kinderadulteren mit 8 bis 9 Monaten bestraft werden. Da versteht man nicht, wie man wegen Beleidigung eines Verwaltungsbeamten zu einer solchen Strafe kommen kann. (Sehr richtig! links.) Das muß hervorgehoben werden, gerade im Zusammenhang mit dem Lob und der Anerkennung, die man anderen deutschen Richtern spenden kann. Alle Beschlüsse, die man gegen den Beschlüssen

nahme gerade jetzt einzuführen, müssen allerdings gegenüber den Erfahrungen in Bader-Brosch vollkommen steuern. (Beifall links.) Auch die Wobiter Brosche ermutigt nicht gerade dazu. Nun ist von Jena aus vor einigen Tagen hier in Berlin eine Vereinigung gegründet worden, der Juristen und Männer aus allen Berufsweisen angehören, die unterischen wollen, was denn eigentlich an dem Worum maß ist, daß der deutsche Richter weltfremd ist. Ich bitte den Staatsfretär, dieser Vereinigung kein Wohlwollen nicht zu verlegen. Wir erwarten, daß der Staatsfretär an die Föhung der benötigten Aufgaben mit jener inneren Freiheit herangeht, die wir bei ihm voraussehen. (Beifall.)

Staatsfretär Dr. Visco: Den anerkannten Worten über die Befreiungen der neuen Vereinigung, die aus Juristen und Angehörigen anderer Gebiete bestehen soll, kann ich nur voll zustimmen. Ich hoffe, daß diese Vereinigung durch den Austausch der verschiedenen Meinungen zu einer billigen und richtigen Beurteilung der fasslich ist und bestehenden Verhältnisse kommen wird. Ich bin dem Vortrager auch dankbar für die anerkannten Worte für unsere Gerichte und für die verschiedenen Ärdte. Weiter hören wir foffen Dank in diesem Saale lo wenig. Die preussische Justizverwaltung und das Reichsjustizrat haben den entgegenen Wunsch, daß die Richter beschuldigt in der Strafprozessologie und in der Zivilprozessologie beschäftigt werden. Wir haben aber in dieser Beziehung gar nicht die Möglichkeit einer Einwirkung. Viele Richter wollen fasslich nicht in der Strafprozessologie beschäftigt werden. Bielewicht ist ein Wandel einzuwirken, man würde jungen Juristen mehr darauf hinweisen, daß das Strafverfahren unendlich viel wichtiger für unser Volksleben ist als das Zivilverfahren. Tatsächlich aber ziehen die Richter wegen der geringen Verantwortung die Beschäftigung in dem Ziviltribunal vor. Eine Vermehrung der Reichsgerichte ist eine Art hat der Verwendung der Hilfrichter in den bisherigen Senate hat seine großen Bedenken. Es würden dann die Senate wieder reduziert werden müssen, und es müßte eine vollständig neue Gerichtsverteilung eintreten. Der Staatsfretär gibt eine Uebersicht über die Anlage des Grundgesetzes; er ist im wesentlichen in dem größten Teil Deutschlands schon erfolgt und wird noch weiter weiter betrie. Die preussischen Anwaltskammern haben die Fragebogen wegen der Anwaltsgebühren an die Justizverwaltung zurückgeben lassen und sich geäußert, daß sie ihnen nicht geeignet erschienen, die nötigen Unterlagen zu geben. Wir sind da in Bezugheit, denn wir nehmen nicht an, daß der Reichstag gekommen ist, einer allgemeinen Erhöhung der Gebühren zuzustimmen, wenn das Bedürfnis nicht nachgewiesen ist. Um nun wenigstens etwas faktisches Material zu beschaffen, sind in diesen Tagen die Bundesregierungen ersucht worden, von den Präsidenten der Oberlandesgerichte gutachtliche Uebersichten einzuholen, in der Hauptsache über den § 9 der Gebührenordnung. Auf die geistige Anrage des Abgeordneten Dr. Hoff teilt der Staatsfretär mit, daß der frühere Landrat von Grimm D r o t h wegen seiner Verurteilungen, die kriminal nicht strafbar waren, ohne Pension aus dem Amte entlassen ist und feinerzeit staatliche Bezüge erhält.

Herr Werner (Reip): Sprich für die Erhöhung der Bezeuggebühren.

Herr v. Stöhring (Sog.): Wir lassen uns hier die Kritik nicht unbedenklich an. Was Herr Wagner reden, was er will! Der sogenannte Varentwurf müßte weniger nach der einen Richtung als nach der anderen sein. Eine politische und gesellschaftliche Freiheit wird vorgegeben. Der Fall in Scherich, wo eine Witwe verbrannt, weil sie wegen einer Markt-Schuldenliste ins Gefängnis geschleppt wurde, ist recht im Himmel. fassliche Tötung liegt vor. Ist das Vergehen gegen den Schuldigen schon eingeleitet? Die Art, wie Herr v. Stöhring die Breslauer Justiz zu rechtfertigen suchte, war überaus charakteristisch. Er vermie auf die Frage der Parteizugehörigkeit. Ja, darf denn ein Richter sich um die Parteizugehörigkeit der Angeklagten kümmern? Das ist ja die ungeheuerliche Verweigerung, die man sich denken kann. Der preussische Kultusminister hat ein Verbot über die Erteilung von Zuzunnterricht durch Sozialdemokraten erlassen, das vom Reichsgericht als ungesetzlich erklärt wurde. Trotzdem sind die bereits erkannten Geldstrafen nicht aufgehoben und die schuldbigen Beamten — dazu gehört das preussische Gesamtministerium, das den Erlös gutheißt — nicht zur Rechenschaft gezogen worden.

Herr v. Stöhring: Sie dürfen hier nur Fälle vortragen, die den Staatsfretär des Reichsjustizrats angehen.

Herr v. Stöhring: Der Staatsfretär sollte eben dafür sorgen, daß die Urteile des Reichsgerichts, die richtig sind, auch in ihren Konsequenzen fasslich werden. In Wobitz sind vor einigen Jahren mehrere Arbeiter unter neuer Anklage gestellt worden in dem fessner Meinsprohverfahren verurteilt worden. Sofern sich man jetzt auch dieses Verfahrens einer Revision unterziehen. Ganz ähnlich liegt ein Fall, der sich in Meinsproh abgepielt hat. Warum fränkt sich die Staatsanwaltschaft in allen diesen Fällen so sehr, die Wiederannahme zu veranlassen? Der Redner bringt dann noch eine Reihe von Fällen vor, in denen Sozialdemokraten besonders streng verurteilt wurden. Das kommt von der unehrlichen Vernehmung, die durch gewissenlose Hallunken in die offiziellen Blätter hineingetragen und dann den armen Richtern, die diese Blätter lesen, ausgedrängt wird. Sie wollen nicht die Selbständigkeit der Richter, sondern die Zuverlässigkeit der politischen Richtung. Der Wobitzer in Bonn war nicht lo harmlos, wie ihn Herr v. Stöhring hinstellt. Kriegsrufen wollen wir nicht harte Strafen für die Studenten, sondern wir wollen nur eben milde Strafen auch gegen Arbeiter.

Der Wort an dem Arbeiter Herrmann in Wobitz ist immer noch nicht geföhnt. Der Berliner Polizeipräsident hat die Wobiter sogar noch gelobt. Damit hat er sich der Begünstigung des Wortes schuldig gemacht. Warum wird der Anklagepräsident und der Reichsminister deswegen nicht unter Anklage gestellt? (Anrufe rechts.) Sehr richtig! b. d. Wir setzen in keinem Rechtsstaate mehr, sondern in einem Staate, wo der Schulmannsbesitz die Majestät ist. Die Schmach fällt auf jeden, der sich zu Wobiter gestellt, der Wobiter nicht verlor und der verurteilt, daß Wobiter verlor werden. (Anrufe rechts.)

Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.) Staatsfretär Dr. Visco: Nachdem der Herr Präsident einen Ordnungsruf erteilt hat, kann ich nur sagen, ich habe zu dieser Angelegenheit nichts mehr zu sagen. (Beifall rechts.) Anrufe b. d. Sog. Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.) Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.)

Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.) Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.) Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.)

Staatsfretär Dr. Visco: Das Urteil über das Reichsgericht steht fest. Ich weie diesen Vorwurf auf das entscheidende zurück. (Beifall.) Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.) Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.) Herr v. Stöhring: Herr Staatsfretär, sorgen Sie dafür, daß gegen die Wobiter vorgegangen wird. (Beifall b. d. Sog.)

Belehrer der Kommission, in die Strafgesetzbuchkommission drei als Kriminalisten hervorragende Anwälte zu nehmen, wird angenommen.

Belehrer Dr. v. Hecker (B.) teilt mit, daß in der Kommission weiter der Wunsch geäußert wird, auch ein Mitglied der Presse in die Strafgesetzbuchkommission zu delegieren. Donnerstag 1 Uhr: Willkürat. — Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Debatte über die Armeezulpekture.

× Berlin, 22. Febr. Die von der Budgetkommission bei anstehenden Stellen von Armeezulpekturen, Gouverneuren und Kommandanten werden in der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstags mit großer Mehrheit bewilligt.

Ueber den Verlauf der Debatte wird uns gemeldet: Die Budgetkommission des Reichstags letzte heute die Debatte über den nationalliberalen Antrag fort, zwei Armeezulpekture und je einen Gouverneur in Berlin, Köln, Mainz und Ulm, sowie je einen Kommandanten in Altona, Breslau, Karlsruhe, Magdeburg und Spandau nebst den zugehörigen Generalfahnenoffizieren zu freistellen. Einer der Antragsteller vermahnt seine Partei dagegen, daß der Antrag der Armeezulpekture die Folge sei. Die Reganheit der nationalliberalen Partei sollte sie gegen einen solchen Vorwurf schützen. Der Antrag ist ein Wahlmanöver, rüch, denn die Partei könne damit absolut keine Geschäfte machen. Beim Zentrum sei das allerdings etwas anderes. Redner zieht dann den Antrag, da er ausständig sei, namens seiner Freunde zurüd. — Der Kriegsminister befragt den Nationalliberalen, daß sie jederzeit sich auf die Seite der Heeresverwaltung gestellt haben, und dankt im Namen der Armeefür die Zurückziehung des Antrages, betont aber nochmals, wie bedenklich der Antrag für die Interessen des Heeres gewesen wäre.

Ein Zentrumsmittglied greift nun den Antrag formell auf, um die gegen ihn und seine Freunde erfolgten Angriffe beantworten zu können. Ein anderer Zentrumsmittglied gibt eine geschichtliche Darstellung der Angelegenheit und stellt fest, daß die Gouverneure und Kommandanten früher aus dem Vagarentendensfeld besetzt, durch ein klares Uebereinkommen zwischen Heeresverwaltung und Budgetkommission aber auf den ordentlichen Etat übernommen wurden. Es würde unglücklich, wenn man jetzt die Ersetzung vorzunehmen würde, die Ertragsmittel höchstens 100 000 Mark betragen. Der Kriegsminister befragt diese Darstellung, während die Nationalliberalen erklären, diese Vorgänge seien ihnen bisher unbekannt gewesen.

Unmehr zieht das Zentrum den Antrag zurüd, der aber sofort von der fortschrittlichen Volkspartei und von den Sozialdemokraten wieder aufgegriffen wird. Der sozialdemokratische Redner wünscht eine getrennte Abstimmung. Eine Verzögerung der Prinzipien müsse als ungerecht verworfen werden, allerdings wolle er auch eine Zurückziehung der Prinzipien gleicher Tüchtigkeit nicht. Der Kriegsminister erklärt, daß die Armeezulpekture den regierenden Säulen dankbar wäre dafür, daß sie sich in den Dienst der Armeezulpekture stellen, obgleich sie verfassungsmäßig nicht dazu verpflichtet wären, und daß sie dadurch den innigen Zusammenhang zwischen den regierenden Säulen und der Armeezulpekture festhalten würden. Der Kriegsminister hebt dann noch einmal die Bedeutung der prinzipiellen Heerfür die im Krieg 1866 und 1871 gehabt.

Ein Redner der fortschrittlichen Volkspartei erklärt, seine Freunde seien im Interesse der Sparfamkeit für den Antrag eingetreten. Zur Sparfamkeit gebe gerade der Mißfretat Gelegenheit. Der Reichstag könne sich durch frühere Abmachungen keineswegs dauernd für gebunden erachten und sich das Recht, Mißfretate zu machen, nicht nehmen lassen. Eine Erhöhung des Pensionsestates müsse auf alle Weise vermieden werden. — Auf weitere Ausführungen des Redners gibt der Kriegsminister Aufschluß über die Altersverhältnisse in der Armeezulpekture vor dem Kriege 1866 und stellt weitere Begründungen der Gouverneure und Kommandantenstellen in Aussicht, wenn die Kommission dies wünsche, obgleich 1908 und 1909 diese Fragen eingehend bei jeder einzelnen Position in der Budgetkommission erörtert worden seien.

Bei der Abstimmung werden die zwei Armeezulpekture gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, die Gouverneure und Kommandanten gegen die Stimmen der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokraten bewilligt. Zwei Nationalliberale enthalten sich bei der Abstimmung.

haut hatte. Besagte Frau war in Verzweiflung über ihren Gatten, der nicht mehr fitzen zu Hause bleiben wollte, sondern sich herumtreiben. Aber der Schloffer mußte ihn; er kannte ein Mittel, das ihn in die untreue Ehegattin aus Haus zu halten, und trügerische Männerherzen wieder einzunehmen. Die Frau sollte, so riet er ihr, ein Stück Papier dazwischen auf der Brust tragen; auf dem Zettel stand: „Ich tue dich anbanden, drei Blutstropfen will ich dir entziehen, den ersten aus deiner Leber, den zweiten aus deinem Herzen, den dritten aus deiner Lebenskraft, damit du nur mit mir und keiner anderen etwas zu schaffen hast; dies gelobe ich...“

Da die Frau natürlich Freundinnen gegenüber über das wunderbare Heilmittel, für das sie dem Schloffer 15,00 Mark hatte zahlen müssen, den Mund nicht halten konnte, gelangte die Sache zur Kenntnis der Polizei. Vor Gericht war der Angeklagte gesundig; er behauptete aber die Falschheit, in seiner Verteidigungsbühne etwas Kühnes sich aufzustellen: „Ich mache mich doch nicht strafbar, wenn ich die Dummheit der Leute ausnütze.“ Wobei man ihm allerdings die Dummheit derer, die nicht alle werden, als Milderungsgrund anrechnen kann.

Provinzial-Nachrichten.

Raubmord.

Ausdorf bei Penig, 22. Febr. Die 46 Jahre alte Gutsbesitzerin Pauline verw. Kretschmar wurde heute in ihrer Behausung mit geschmettem Schädel tot aufgefunden. Die Tat wurde durch den Briefträger entdeckt.

Als Täter kommt der im Hause bedienstete 17jährige Dienstknecht Jren in Betracht, der seit der Entdeckung der Tat verschunden ist. Es liegt Raubmord vor.

Zur Lohnbewegung der Fabrikarbeiter im Weisenfels-Feitler-Braunfahnenrevier.

Ueber die Lohnbewegung des Gewerkevereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (F.-H.) im Weisenfels-Feitler-Braunfahnenrevier geht uns kurz vor Redaktionsschluss folgende Mitteilung zu, deren Richtigkeit wir momentan nicht nachprüfen vermögen:

Ende des vor. Jahres wurden 6 Bergwerksunternehmern des Weisenfels-Feitler Bezirkes von dem Generalrat des Gewerkevereins der deutschen Fabrik- und Handarbeiter als „Tarifentwurf“ bezeichnete Anträge, die Schichtverlängerungen, Lohnverhörungen und Einführung von Mindestlöhnen betrafen, mit der Bitte unterbreitet, sie zu prüfen und über den Verlauf Nachricht zu geben. — Für die Belegschaften der größeren Braunfahnenbergwerke sind auf Grund des § 50 f. des A.B.G. als gesetzliche Organe die Arbeiterausschüsse geschaffen und auf den kleineren Anlagen sind die Werksräte jederzeit zu Verhandlungen mit Abordnungen ihrer Belegschaften bereit gewesen. Auf diese Weise ist also den Belegschaften die Möglichkeit gegeben, ihre Wünsche bei den Arbeitgebern vorzutragen und es ist auch von diesem Wege bisher häufig Gebrauch gemacht worden. Infolgedessen haben die Werksverwaltungen in ihren Antworten den Gewerkevereinen auf diese gesetzlichen und durch Arbeitsordnung geregelten Vertretungen der Belegschaften hingewiesen. Von einer Ablehnung der Forderungen kann hiernach nicht gesprochen werden.

Ein Denkmal für Paul Gerhardt.

Gräfenhainichen, 22. Febr. Die Enthüllung des Paul Gerhardt-Denkmalis ist für den Geburtstag Paul Gerhardt's, also Sonntag, den 12. März, ins Auge gefaßt. Herr General-Intendant Stolte-Magadeburg hat zugesagt, nachmittags 2 Uhr die Festpredigt in der Kirche zu halten.

Weisenfels, 21. Februar. (Bei einer schweren Schlägerei) in der Nähe des Schloßes, in dem die Interlokutoren liegt, wurde früh gegen 5 Uhr einem Müller der Schule das Seitenohr, mit dem er sich wehrte, entrisen. Die Wunde ist nicht mehr aufzuheben. Der Kaiserwächter erhielt mehrere Schläge in die Schulter und den Oberarm. Von der Schloßwache, bis vor welche sich der Streit forschte, wurde ein beteiligter Schuhfabrikarbeiter verhaftet und der Polizei übergeben.

Naumburg, 22. Febr. (Robber Akt.) Bei Aufgehoben der Raumburger Braunfahnen-Aktiengesellschaft in die Reichsfinanzen hat man der Zugehörigkeit der Gesellschaft zu der Stadt Naumburg dadurch Achtung getragen, daß nach dem Verträge die Unterwerfung der Stadt Naumburg 20 Jahre lang jährlich 3000 Mk. zahlen als ein fremdliches Entgelt für die dieser nun entzogenen Steuererträge und sonstigen Vorteile.

Sitterfeld, 21. Febr. (Durch Messerliche) wurden am Sonntag Abend in der Nähe des „Hilfshof“ mehrere Knaben von hier erheblich verletzt. Sie gaben an, am Ausgang der Gasse von zwei 17jährigen Burken ohne jede Veranlassung überfallen und geschlagen worden zu sein. Zwei Knaben hatten je einen Stich in den Rücken erhalten, während zwei andere an der Hand verletzt worden sind. Als einer der Täter wurde von den Verletzten der Sohn eines Tischlers in Niemeß gezeichnet. Am Tatort wurde von einem Bahnarbeiter aus Niemeß ein großes Fleischermesser gefunden. Die Knaben wurden nach am selben Abend vom Polizeiarzt verbunden; sie befinden sich nicht in Lebensgefahr.

Aufersleben, 20. Febr. (Feuer.) Gestern mittag nach 1 Uhr entstand auf dem Grundriss der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Feuer, das sich mit großer Schnelligkeit über einen Teil des Dachstuhls des großen Gießereigebäudes ausbreitete. Nach etwa zwei Stunden gelang es, das Feuer zu bekämpfen und zu bewältigen.

(1) Döhlitz, 22. Febr. (Festgenommen) wurde der jugendliche Spitzhube, ein Kellnerlehrling aus Johanneisgeorgenstadt, der dem hierigen Berliner Bahnhof aus einer Geldtasche mittels Nachschlüssel nach und nach 500 Mk. gestohlen hatte.

Helber, 22. Februar. (Tödlischer Unfall.) Der Bergmann Paul Seife von hier verunglückte gestern Abend auf dem Hilschloß durch niedergebendes Gestein. Der Tod trat sofort ein. Der Verunglückte hinterläßt eine Frau und drei schulpflichtige Kinder.

Stendal, 21. Febr. (Verhaftet) wurde gestern in Cölin der 17 Jahre alte Klempnerlehrling Jakobus, der in der Nacht zum 8. d. M. seinem Vorgesetzten, dem Klempnermeister Hüßmann in Kallewe, aus einem verschlossenen Koffer gegen 1000 Mark entzogen hat und damit in die Welt geht war.

Pöhlitz, 21. Febr. (Rohes Katzene.) Zwei hiesige Knechte waren mit ihrem Herrn, dem Gutsherrn R., in Lohnunterschieden geraten. Da sie eine Einigung nicht erzielen konnten, geschlugen sie eine Anzahl Fensterscheiben und machten auch sonst

Schaden für etwa 200 Mark. Sie wurden dem Königlichen Amtsgericht zu Döhlitz zugestellt.

Deflau, 21. Febr. (Schlamm.) Im Gäßchen der Deflausch Straße hat sich heute der Gäßchenwächter Guenz mit Strohknir vermischt. Es schwebte gegen ihn ein Strafverfahren.

Weimar, 22. Febr. (Die Kriminalpolizei) hier wartet auf einen Menschen, der sich als Einbrecher der Theologie ausgiebt. Auf ein selbstgefertigtes Empfehlungsschreiben, auf Geh. Kirchenrat Spinner und Gymnasialdirektor Köstler lautend, hat er sich vergeblich ansehnliche Beträge erschwindelt. Der „Student“ ist 25-26 Jahre alt, 1,65 Meter groß, schlank, hat schmales blaues Gesicht und blondes Haar, ferner englisch vermishten Schürhals, trägt grauen Ullster, grauen weichen Filzhat mit dunklem Bande und schwarze Schnürstiefel mit Valtappen.

Stenach, 21. Febr. (Ein Pennäler-Duell.) In einem nahegelegenen Wäldchen fand am frühen Morgen des Freitags ein Duell zwischen Schülern hiesiger höherer Anstalten statt. Der eine erhielt einen Streifschuss und fiel vor Schreck um.

Kunst und Wissenschaft.

Kollegien der freistehenden Professoren. Die Defensivliteratur wird es interessieren, wie sich die vier freistehenden Ordinarien der Nationalökonomie an der Berliner Universität über ihr künftiges Zusammenwirken geeinigt haben. Prof. Bernhard kündigt ein wöchentlich vierstündiges Kolleg über Finanzwissenschaft an, ferner Vorlesungen im staatswissenschaftlich-statistischen Seminar, das er gemeinsam mit den drei anderen Ordinarien leitet. Prof. v. Schmoller wird über die Entwicklung der Unternehmensformen, hauptsächlich der Aktiengesellschaften, Kartelle und Trusts, ferner öffentlich über die rechtliche und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen, Gewerkschaften, Tarifverträge, Lohnskorie und Lohnbewegung sprechen. Prof. Seering kündigt nur ein vierstündiges Kolleg über allgemeine und theoretische Nationalökonomie an, das zeitlich unmittelbar vor dem Bernhardschen Kolleg angelehrt werden soll. Endlich liest Engelmann Wagner vierstündige praktische und theoretische Nationalökonomie, Agrar-, Gewerbe- und Handelswesen und -politik, sowie ein kleines Kolleg über Kredit und ökonomische und finanzwirtschaftliche Lehungen.

Hobrecht Benedix-Spende. Der Verein Leipziger Briefe und der Schülerverein hatten anlässlich des 100. Geburtstages von Robert Benedix bei einer großen Anzahl deutscher Bühnen angeregt, eine Festvorstellung zu veranstalten und einen Teil der Einnahmen zu einer Gedenkgabe an die Witwe des Dichters zu überweisen. Dieser Anregung ist in so weitem Maße entsprochen worden, daß der hochbetagte Dame eine Summe von über 2000 Mark überreicht werden konnte. Außerdem haben viele Theater an Stelle der ausgedienten Ehrenantenne, die sie hienso von allen Benedix-Aufführungen abgeben, die Tantieme bedeutend erhöht, so daß auch hierdurch der Witwe des Dichters eine größere Summe zufließen wird.

Otto Lamborg 7. Der bekannte Klavierhumorist Otto Lamborg ist in Raab in Oberösterreich gestorben. Der vornehme Künstler, der sowohl in eigenen Konzerten als auch gelegentlich auf Varietébühnen auftrat, war eine ganz eigenartige Erscheinung. Unprätentiös, aber in der Bescheidenheit, gehörte er einer Reihe erster Stadttheater an und kam gelegentlich durch Zufall auf seine Spezialität. Seine gefangliche Gabe wurde durch ein vorzügliches Klavierpiel und einen kernigen, urwichtigen Humor unterstüzt, der in seinen selbstberathenen Vorträgen mit nie versagender Wirkung zum Ausdruck kam. Lamborg durchzog ganz Deutschland und Oesterreich — zur Sommerzeit sogar per Rad — und ist auch in Halle des öfteren gewesen. In Raab in Oberösterreich, wo er nun gestorben ist, hatte er, der ein vermöglicher Mann geworden war, sich ein Gut gekauft, dessen Bewirtschaftung er aber nicht haben konnte, weil er immer wieder hinaus. Seine zahlreichen Freunde verlieren in ihm einen guten Freund und liebenswürdigen Menschen.

Vermischtes.

Bonner Studentenunfall.

Am Schwarzen Brett der Universität Bonn befindet sich ein Anschlag, der wieder ein eigenartiges Dicht auf die Bonner Studentensitten wirft. Der Anschlag lautet nach dem Bonner Generalanzeiger folgendermaßen:

Academisches Anjntmusem. Bonn, den 14. Febr. 1911. Trotz aller Sitten und Ermahnungen haben die Bonner Studenten nicht aufgehört, das große Vertrauen, mit dem ihnen die Benutzung der Bibliothek des Akademischen Kunstmuseums geteilt worden ist, zu mißbrauchen.

In schimpflicher Weise haben sie die Bücher aus dem Museum entfernt, obgleich ich noch nie die Bitte, ausnahmsweise auf kurze Zeit ein Werk zu Hause brauchen zu dürfen, abgelehnt habe.

Wer bis zum 21. d. M. die unerlaubt entnommenen Bücher dem Museum wieder zuführt, soll straflos sein, und ich bitte alle gewissenhaften Kommilitonen, durch Einwirkung auf ihre Kameraden, mich bei diesem letzten Versuche, gültig Ordnung zu schaffen, zu unterstützen. Mühselig auch er, so wird die Benutzung der Bibliothek wesentlich eingeschränkt und erschwert, und der Unschuldige muß mit dem Schuldigen leiden, so sehr ich dies bedauern würde.

Der Direktor: Koelsche.

Ein Priester unter dem Verdacht der Verleitung zum Weineid. Ein katholischer Priester in der Rheinpfalz ist in den Verdacht geraten, aus politischen Gründen, nach dem Grundhau „Der Zweck heiligt die Mittel“, einen Zentrumsagitor zum Weineid verleitet zu haben. Wie dem „B. T.“ aus Ludwigshafen a. Rh. gemeldet wird, ist gegen den katholischen Warrer Wolf Graf in M. ein Ermittlungsverfahren wegen Verleitung zum Weineid eingeleitet worden. Es handelt sich um die bekannte Flugblattgesellschaft, infolge deren der Bültenarbeiter und

Zentrumsagitor Jakob Heil vom Schwurgericht Zweibrücken wegen Weineides zu acht Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Feuersbrunst bei Windhof. In der Hauptstadt Deutsch-Südwestafrika brach auf einer Kaffernweide Feuer aus, das 46 Hütten einäscherte. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Sich selbst operiert. Einen Reford an Innerchirurgie und Herentrat hat dieser Tage ein 25jähriger rumänischer Arzt, Alexander Jziccon, in Paris vollbracht; er hat an sich selbst eine schwere Operation vorgenommen. Jziccon hat ein neues Anästhetikum erfunden, dessen schmerzbetäubende Wirkung er mit dem komplizierten Namen „Achlorhydrat von Anästhetikum“ bezeichnet. Dieses Anästhetikum läßt dem Patienten sein völliges klares Bewußtsein, beiseitigt aber alle Schmerzempfindlichkeit. Diese Entdeckung bildet die Grundlage einer wissenschaftlichen Arbeit, die der Akademie bei seiner morgigen Abgeschlossenung, der er sich in einigen Wochen unterziehen wird, vorlegen will. Unterdessen aber hat er die Wirksamkeit seines Anästhetikums in einer einsigartigen Form, nämlich an sich selbst, erprobt. Jziccon hatte sich einiger Zeit ein Studieren, das immer schlimmer wurde und notwendig operiert werden mußte. Er beschloß, diese Operation selbst an sich vorzunehmen und dabei sein neues Schmerzbetäubungsmittel zu erproben. Mit fastbühniger Ruhe wandte er das Anästhetikum an, setzte sich dann an der Operationsstift, nahm jedoch und ohne das geringste Beunruhigen der Erzeugung die Operation an sich vor, nähte sich die Wunde zu und ging dann zu Bett. Die Operation dauerte eine Stunde. Die Heilbarkeit des jungen Mediziners, der sich jetzt auf dem Wege wölkiger Genesung befindet, macht in Paris großes Aufsehen und ist das Tagesgespräch.

Letzte Nachrichten.

Unter schwerem Verdacht. München, 22. Febr. Der Maurer Josef Corosiam wurde heute vormittag im Hof der Obdachsle verhaftet. Er ist dringend verdächtig, anfangs Februar in der Nähe von Zürich einen Bierkutscher ermordet und geraubt zu haben.

Messerhelden. H. Hofenstein-Ernstthal, 22. Febr. In vorgestriger Nacht gerieten unweit des Schloßes „Lambertus“ einige Maurer in Streit, wobei der verheiratete Mitarbeiter Munch und der Arbeiter Kraft von zwei hiesigen jungen Arbeitern und mehreren Ziegeleiarbeitern durch Messerstücke verletzt wurden.

Zwei mandatsmäßige Polen. H.T.B. Berlin, 22. Febr. Wie verlautet wollen die polnischen Abgeordneten Rapalski und Korzanyi für die nächsten Reichstagswahlen keine Kandidaturen mehr annehmen.

Wom Zuge erfaßt. Heuthen (Schlesien), 22. Febr. (Privattelegramm.) Auf dem Bahnhof Tarnowitz wurde der Bahnbeamte Jendreyke von einem Zug erfaßt und überfahren. Der Bedauerwerte wurde furchtbar zugerichtet und war sofort tot.

Vogelfangverbot. Petersburg, 22. Febr. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Tschib, beschloßen die dortigen Polizeibehörden, den Ministerpräsidenten um ein Verbot des Vogelfangs auf 2 Jahre hinaus zu bitten, da nur auf diese Weise der Austrottung dieser Tiere vorgebeugt werden könne.

Von Anarchisten erschossen. W. Kallutta, 22. Febr. In der letzten Nacht wurde in einer dunklen Straße ein Offizier der politischen Abteilung der Gendarmenpolizei von bengalischen Anarchisten erschossen. Die Täter sind trotz der von der Polizei sofort vorgenommenen Aufspürungen und Nachforschungen entkommen. Der Vorfall erregt großes Aufsehen, da man infolge der längeren politischen Ruhe glaubte, die Anarchisten seien der Propaganda müde.

w. Konstantinopel, 22. Febr. Die Fortsetzung der Verlängerung des Belagerungszustandes über Konstantinopel. Der diesbezügliche Gesetzentwurf soll in der nächsten Sitzung der Kammer eingebracht werden.

Briefkasten. (Jeber Anfrage ist die Abonnementsauskunft beizulegen.) Schm. in Weilmünster. Das Verlesungsverzeichnis für das kommende Sommersemester ist noch nicht erschienen. — Als bedeutendste Lehrer für Germanistik sind bekannt in Berlin: die Professoren Erich Schmidt, Kothe und Hermann; in München: Prof. Wundt, Prof. Paul, Prof. Borinski und Prof. v. d. Lenen; in Halle ist das Fach vertreten durch die Professoren Dr. Strauch und Saran, die auch Seminar für deutsche Philologie abhalten. A. v. S. Magdeburg. Ein Rittergut angelegten Namens existiert im Saalkreis nicht. Auch im Ortslexikon für Deutschland ist der Name nicht verzeichnet.

Unterhaltungsblatt. Gektern noch auf solchen Reisen. Roman von Fritz Bodmer. (Fortsetzung.) Konstantinopel. Einnungsbilder von Friedrich Kolbe-Palle. — Hermann Bongs Erinnerungen an Josef Raug. — Literatur.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den totalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerich, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner; für Kunst, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für den Unterhaltungs-: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. Diese Nummer umfasst 10 Seiten. (einschließlich „Unterhaltungsblatt“ und „Berichtungsblatt“.)